ROTE KOMMENTARE

bundestagswahlen 69 und die kleine koalition

Der Wahlkampf sollte die Fraktionen der CDU und der SPD im Bundestag auseinanderführen. Daß dies bloßer Schein Schein war und welch großes Schauspiel vor den Wählermassen inszeniert wurde, zeigte sich gleich nach den Wahlen, als das Debakel um die DM-Aufwertung in ein Nichts zusammenbrach, d.h. daß die DM gleich darauf aufgewertet wurde. Zum anderen waren die Wahlen für die Unternehmer ein Datum, die Preise auf Grund des konjunkturellen Aufschwungs erst nach den Wahlen anzuziehen, um die Wähler bei der Stange zu halten (BDI-Präsident Berg zur Bundesregierung: "Wir versuchen, die Preise bis zur Wahl zu halten.").

Viele Arbeiter waren darin befangen, die SPD würde ihre Interessen besser vertreten. Daß dies nicht stimmt - oder nur vordergründig - läßt sich zum einen daran zeigen, daß die SPD gerade beim Mittelstand einen beträchtigen Wahlerfolg erzielte (denn ihn hätte,sie,ohne es direkt zu wollen, mit der DM-Aufwertung unterstützt), zum anderen gerade in der Frage der DM-Aufwertung. - Freilich ist es wichtig, die Unterschiede zwischen CDU und SPD in der Art der Anwendung ihrer Herrschaftsmittel zu kennen, um daraus die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Die Wirschaftspolitik der SPD und die kommenden Klassenkämpfe

I) Für die Unternehmer scheint es zunächst eine eindeutige Alternative zwischen beiden zu geben. Der Industriekurier schrieb vor der Wahl (23.9.69): "Die CDU bietet der Industrie die größere Sicherheit gegen den konjunkturpolitischen Mißbrauch der Paritätenänderung.... Der stetige 'Wachstumspfad' Schillers wird eher durch ein stärkeres Auf-und-ab der Konjunkturentwicklung abgelöst. Es wird immer erstdann (von der CDU) gebremst, wenn schon die Flammen aus dem Radkasten der Konjunktur schlagen. Den Unternehmern aber würde dadurch die Möglichkeit großer Marktlagen gewinne auch auf Kosten des Stabilitätsideals belassen werden."

Wie nun "der stetige Wachstumspfad" und das Krisenmanagement (D.h. die langfristige Interessenvertretung des Kapitals) aussieht, welche Grenzen ihm durch die Widersprüche der Kapitalistenklasse gesetzt sind und auf wessen Kosten es geht, das zeigt am besten die Frage der DM-Aufwertung.

Die Überproduktionskrise 66/67 (d.h.: Die Kapitalisten konnten die produzierten Güter nicht mehr profitabel genug absetzen und schränkten daher die Investitionen ein.) konnte durch verstärkten Warenexport und Lohnabbau gedämpft werden. Damit wurde aber die Krise des deutschen Kapitals nur auf den Weltmarkt verschleppt, indem die Konkurrenzfähigkeit der ausländischen Märkte stark herabgesetzt wurde. Nur eine Aufwertung der DM hätte damals Ende 1968 die Lage auf dem Weltmarkt vorübergehend stabilisieren können. Dem standen allerdings die Interessen der Exportindustrie entgegen (vgl. Rote Kommentare 9.6.69), die unterstützt wurden von Schiller bis Kiesinger. Erst während der Währungskrise im Mai 1969 gerieten sich die Vertreter der kurzfristigen Kapitalinteressen (unmittelbares Profitinteresse) von Strauß, Kiesinger bis Alex Möller und der langfristigen Kapitalinteressen (Interesse an einer langfristigen Expansion des Weltmarktes), Schiller, dazu das Kleinkapital in die Haare. Doch waren die Differenzen zwischen beiden Gruppen nie groß. Daher konnte Schiller auch leichten Herzens einlenken.

Während Strauß eine Expansion des Warenexports, der ungeheure Profite einbringt, und den dadurch notwendigen Kapitalexport vorzog, befürwortete Schiller die Aufwertung der DM, die durch die Einschränkung des Warenexports die ausländischen Märkte hätte stabilisieren können. Aber auf Grund des vorgeschlagenen halbherzigen Aufwertungssatzes von 6,5% hätte die Zerrüttung des Weltmarktes nur kurzfristig eingedämmt werden können und das Ansteigen der Preise im Innern hätte auch nicht wesentlich gebremst werden können, wie zwar von den Aufwertungsbefürwortern behauptet wurde. Selbst zum jetzigen Zeitpunkt müßte der Aufwertungssatz mindestens 10% betragen, wie der Sachverständigenrat für Wirtschaft noch am 25. Sept. meinte. Für die Stabilisierung der Preise im Innern nützt die Aufwertung jetzt überhaupt nicht mehr; sie beugt allenfalls scharfen währungspolitischen Maßnahmen der europäischen Staaten vor. Denn im Innern haben die Unternehmer sich schon auf die Anpassungsinflation eingestellt, d.h. die Steigerung der Inlandspreise.

Von daher gesehen stellten die in den Streiks erkämpften Löhne die allergeringste Abwehrmaßnahme gegen den großen Abrutsch der Reallöhne dar. Freilich, Schiller hatte das Anheben der Löhne während der Streiks nur befürwortet, um die vom Kapital benötigte Kaufkraft der Massen im Augenblick zu stärken.

Wird also der Waren export durch die SPD-Politik nach Westen in die kapitalistischen Länder in nächster Zeit beschränkt, so muß die SPD jetzt zur Überwindung einer zukünftigen Krise das Tor für den Warenexport nach Osten

öffnen, weil hier krisenfreie Absatzmärkte bestehen. Das ist der kurze Inhalt der "neuen" Ostpolitik der kleinen "linken" Koalition. Gleichzeitig kann das Monopolkapital durch die jetzige Aufwertung begünstigt die klassisch imperialistische Strategie des Kapitalexports (also Investitionen im Ausland und dadurch Ausbeutung der ausländischen Arbeiter) fortgesetzt werden.

Die sog. "flankierenden Maßnahmen" (Exportsteuer, Belastung der Auslandsgelder am deutschen Geldmarkt, Konjunkturausgleichsrücklage aus Steuermehreinnahmen), durch die der Export des Monopolkapitals nicht wesentlich eingeschränkt werden konnte, waren gegen den Preisauftrieb aber wenig wirksam. Denn der Versuch, die Preise durch die flankierenden Maßnahmen zu stabilisieren, muß an der Tatsache scheitern, daß der Warenexport dennoch weiter anhält und daher das Inlandsangebot sich automatisch verringern muß. D.h. praktisch, daß die Preise notwendig steigen müssen. Da aber der Warenexport nicht beliebig ausdehnbar ist, weil die ausländischen Staaten gegen eine fremde Marktüberflutung Sicherheitsmaßnahmen ergreifen, werden die deutschen Kapitalisten Produktionseinschränkungen (Rezession) vornehmen.

Das bedeutete für die Arbeiter dann: Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Dies ist für die nächste Krise schon deshalb vorauszusehen, weil es diesmal nicht so einfach sein wird wie 66/67, die Krise mit dem Warenexport ins Ausland zu tragen, da zum Beispiel die europäischen Märkte schon durch die letzte Exportoffensive schon reichlich angegriffen sind.

Wie die staatlichen Maßnahmen für die nächste Zeit aussehen werden, hängt wesentlich vom Verlauf der kommenden Krise ab. Tritt sie erst später voll ein, so werden Lohnleitlinien, wie Schiller sie schon ankündigte, von Seiten der Einzelkapitalisten aber Streichung der übertariflichen und sozialen Zulagen zu erwarten sein.

Zwar handhabt das Krisenmanagement der SPD die staatlichen Hebel zur Rettung des Kapitalismus besser als die CDU. Um aber die kapitalistischen Interessen durchsetzen zu können, wird auch das viel gelobte Krisenmanagement Schillers das altbewehrte Rezept des Kapitalismus für Krisenzeiten nicht umgehen: Disziplinierung der Arbeiterklasse durch Arbeitslosigkeit.

Das würde aber für die Arbeiter bedeuten, daß der bloße ökonomische Kampf, d.h. der Lohnkampf nicht sehr wirkungsvoll wäre, da während der Rezession die Profite der Kapitalisten sowieso zurückgehen und, weil die Auftragsbücher der Unternehmer dann nicht voll sind, würde ihnen ein Arbeitsausfall während eines Streiks um Lohnforderungen nicht viel ausmachen. Allerdings werden dann Solidaritätsstreiks mit entlassenen Kollegen wichtig. In einer solchen Situation ist es aber unbedingt notwendig, daß Streiks politisch geführt werden.

Um anzudeuten, was das bedeuten könnte: Während der ersten großen spürbaren Krise des westdeutschen Kapitalismus 1966/67 wurden die Notstandsgesetze im Bundestag durchgebracht. Während der nächsten Krise ist schon deren teilweise Anwendung möglich. Denn umsonst sind sie ganz gewiß nicht gemacht worden. Und die Gewerkschaften sind ganz gewiß nicht die Institutionen, die den Kampf zu deren Verhinderung aufnehmen würden. Für die Arbeiterklasse heißt das, die kommenden Klassenkämpfe müssen organisatorisch wie politisch vorbereitet werden.

II) Die Gewerkschaften und die SPD-FDP-Koalition

Wird sich am äußeren politischen Erscheinungsbild der BRD durch den "Machtwechsel" zunächst nicht viel ändern, wie die Koalitionsherren selbst sagen, so ändert sich doch einiges in Bezug auf die Reform der Herrschaftsausübung der Regierung: Eine SPD-Regierung wird in den Gewerkschaften die geeignetsten Vermittler und Helfer ihrer Maßnahmen finden. Das bedeutet auf Seiten der Gewerkschaften: Stärkere Integration in den kapitalistischen Staatsapparat. Denn Schillers Krisenmanagement z.B. funktioniert nur durch die Unterstützung durch die Gewerkschaften.

Kurz vor den Wahlen hatten sich die Unternehmer von der CDU erhofft, "daß die Ausdehnung der Montan-Mitbestimmung aller Voraussicht nach unterbleibt und auf eine gewisse Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes reduziert wird." (Industriekurier 23.9.69) Diese Politik wird jetzt zunächst von der kleinen "linken" Koalition betrieben. Nicht zuletzt deshalb, um nicht die Widersprüche innerhalb dieser Koalition gleich zu Anfang offen ausbrechen zu lassen. Den Gewerkschaften wird diese Lösung, die Erweiterung der Mitbestimmung hinauszuschieben, passabel sein (So Brenner; die Diskussion innerhalb der Gewerkschaften ist allerdings noch im Gange), erscheint ihnen doch die SPD als der beste Garant zu sein, sie einmal durchzusetzen. Wann das sein soll, hat Vetter in einem Interview mit dem Industriekurier (23.9.69) absichtlich unbestimmt gelassen: Wann die gesellschaftspolitische Lage sie erfordere. Freilich, so verhaßt den einzelnen Kapitalisten ein solches Gesetz auch ist, so gewiß ist es auch, daß die Gewerkschaften ihnen damit kein Leid zufügen werden. Vetter: "Haben Sie jemals erlebt, daß eine unternehmerische Entscheidung, die sich auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft bewegt, nicht getroffen wurde, weil der Betrieb mitbestimmt war?" (Interview mit dem Industriekurier, 23.9.69.)

Durch eine SPD-FDP-Regierung haben die Gewerkschaften zwar stärkeren Einfluß auf den Staatsapparat. Wie sie ihn aber nutzen werden und welche Rolle ihnen von der SPD zugedacht ist, darüber lassen die Vorgänge im Anschluß an die Septemberstreiks keinen Zweifel. Die Gewerkschaften sollen die Tarifautonomie zurückgewinnen, ist die Forderung von Seiten der SPD. Was das bedeutet, ist klar, denn den Unternehmern gegenüber hatten die Gewerkschaften noch niemals Tarifautonomie: Schiller kann eine selbständige politische Arbeiterschaft nicht gebrauchen, da sein Krisenmanagement auf der Gängelung der Arbeiter beruht. Deshalb sollen die Gewerkschaften die Arbeiter wieder unter ihre Fittiche bekommen. In diesem Sinn sind auch ihre Bemühungen um stärkeren Kontakt mit der Basis, d.h. für sie mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, zu verstehen.

Herausgeber: Betriebsprojektgruppe und Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum Heidelberg, Sandgasse 7

14. Oktober 1969